

Rassistische Polizeikontrollen gemeinsam verhindern: im Görlitzer Park und überall!

Häufig werden Polizist*innen, die im Görlitzer Park oder Umgebung ihre rassistischen Kontrollen durchführen, mit dem Unmut von Passant*innen konfrontiert. Von Polizei und Ordnungsamt geschlossene Wege in den Görlitzer Park werden wieder geöffnet. Vom Bezirk abgeholzte Flächen werden wieder neu bepflanzt. Mit Plakaten und Transparenten werden die Park-Nutzer*innen auf die Situation aufmerksam gemacht.

Es passiert schon einiges. Aber es muss noch einiges mehr passieren, um die rassistischen Polizei-Kontrollen im Görlitzer Park unmöglich zu machen! Lasst uns gemeinsam rassistischen Polizeikontrollen und Schikanen im Görli entgegentreten und verhindern, dass der Görli zu einem Ort wird, an dem nur noch die gutverdienende weiße Mittelschicht willkommen ist.

Wir fordern:

- **Schluss mit den rassistischen Polizeikontrollen und -Schikanen im Görlitzer Park und überall!**
- „Gefahrengebiete“ abschaffen, „Task Force Görli“ auflösen, weg mit der „Null-Toleranz-Zone“ für Cannabis-Produkte!
- **Keine Umgestaltung des Görli nach Vorgaben von Polizei und Ordnungsamt!**
- **Verdrängung stoppen: Bezahlbarer Wohnraum für alle statt Privatisierung, Luxussanierung und hohe Profite durch übertriebene Mieten!**
- **Bleiberecht und volle Arbeitserlaubnis für alle!**
- **Weg mit der „Festung Europa“!**
- **Fluchtursachen bekämpfen - die weltweiten ökonomischen und sozialen Verwüstungen durch den neoliberalen Kapitalismus, durch Neokolonialismus und Angriffskriege stoppen!**

Initiative Görli 4 All



Die Initiative "Görli 4 All" besteht seit Anfang 2015 und ist aktiv für einen selbstverwalteten, selbstbestimmten Görlitzer Park für alle ohne rassistische Polizeigewalt. Die Initiative Görli 4 All arbeitet gegen die gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung von Armutsmigrant*innen und Geflüchteten. Rassistischer Polizeigewalt und Ausgrenzung gemeinsam entgegentreten - im Görli und überall!

Neue Menschen, die uns unterstützen wollen, sind herzlich willkommen! Aktuelle Termine unserer Treffen und mehr Informationen findet ihr auf unserem Blog: <http://goerliforall.blogspot.de/>
visdp: Marina Müller, Lausitzer Straße 12, 10999 Berlin

RASSISTISCHE POLIZEIGEWALT STOPPEN

IM GÖRLITZER PARK UND ÜBERALL!



Rassistische Polizei-Maßnahmen unter dem Deckmantel eines angeblichen "Drogenproblems"

Seit Jahren gibt es im Görlitzer Park und dessen Umgebung permanente Polizeirazzien. Vor allem Menschen mit dunkler Hautfarbe und Roma sind betroffen von Kontrollen, Durchsuchungen, Schikanen, Beleidigungen, Festnahmen und Gewalt durch die beteiligten Polizist*innen.

Die Behauptungen des Berliner Senats, diese Polizeimaßnahmen sollten ein angebliches "Drogenproblem" bekämpfen, sind vorgeschoben. In Wirklichkeit geht es Senat und Bezirk darum, bestimmte Menschen aus dem Park zu vertreiben. Die Schikanen und Übergriffe im Görlitz sind dabei Teil eines umfassenden Systems, mit dem geflüchtete Menschen und Migrant*innen durch gezielte Maßnahmen das Leben so schwer wie möglich gemacht werden soll.

Der Görlitz wurde schon vor langer Zeit durch die Polizei als sogenannter „kriminalitätsbelasteter Ort“ erklärt. Dies bedeutet, dass die Polizei sich anmaßt, jederzeit und ohne Anlass oder Begründung Personen zu kontrollieren, zu durchsuchen und nach eigenem Ermessen Platzverweise auszusprechen. Um die polizeilichen Maßnahmen gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu koordinieren, wurde Ende 2014 zusätzlich diese sogenannte "Task Force Görlitz", innerhalb derer die enge Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Ausländerbehörde stattfinden soll, gegründet.

Nochmals effektiver soll dieses Vorgehen durch die seit April 2015 im Görlitzer Park verhängte sogenannte "Null-Toleranz-Zone" für Cannabis-Produkte werden. Es geht hier nicht um Drogenpolitik - jeder Mensch kann in Berlin jederzeit Gras und Hasch kaufen. Ziel dieser „Null-Toleranz-Politik“ ist vielmehr, möglichst viele der im Park kontrollierten Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund als an-

gebliche „Straftäter“ verurteilen können, und so Abschiebungen schneller zu ermöglichen.

Hinter der Strategie unerwünschte Menschen mit Polizeigewalt aus dem Görlitz zu vertreiben, stehen sowohl der Berliner CDU-SPD-Senat als auch das von den „Grünen“ dominierte Bezirksamt. Derzeit (Januar 2016) wird seitens der Bundesregierung an einer weiteren Verschärfung der sogenannten „Ausländergesetze“ gearbeitet, um Menschen schneller abschieben zu können.

Aufwertung und Verdrängung

Hinter den rassistischen Polizeimaßnahmen im Görlitz steht eine gezielte Strategie von Schikane und Verdrängung. Im neuen schicken Kreuzberg mit hohen Mieten, teuren Eigentumswohnungen und hippen Cocktailbars werden Menschen, die keine weiße Hautfarbe haben und in Armut leben, im öffentlichen Raum als Störfaktor angesehen.

Bei Neuvermietungen sind die Mieten in Friedrichshain-Kreuzberg höher als überall sonst in der Stadt. Wer die hohen Mieten nicht zahlen kann, wer keine Wohnung findet oder zwangsgeräumt wurde und obdachlos ist, soll nach dem Willen des Senats auch im öffentlichen Raum nicht sichtbar sein. Dies zeigt sich auch am Vorgehen von Polizei und Bezirk gegen obdachlose Roma-Familien, die sich im Görlitzer Park aufhalten.

Rassistische Propaganda

Begleitet werden die Polizeimaßnahmen im und um den Görlitz von rassistischer Propaganda und Hetze durch die verantwortlichen Politiker*innen und einen großen Teil der Medien. Mittels einer großen Kampagne soll der Görlitz zum sogenannten "Angst-Raum" erklärt werden. Die Realität sieht anders aus. Wie in jedem Park kommt es auch im Görlitz zu Eigentumsdelikten und auch zu Gewalt. Das diese Gewalt in den

letzten Jahren stark gestiegen sei, und viele Menschen sich nicht mehr trauen würden, den Park zu betreten, stimmt aber nicht. Selbst der Bezirk beklagt ständig, der Görlitzer Park sei „übernutzt“, werde also von zu vielen Menschen aufgesucht. Viele Menschen berichten auch, dass sie sich jetzt gerade nachts im Görlitz weniger unwohl fühlen als noch vor einigen Jahren, weil meist mehr Menschen vor Ort sind.

Polizeilich bestimmte Umgestaltung des Görlitz

Um "nicht erwünschte Nutzungen" aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, haben Senat und Polizei weitreichende Strategien entwickelt. So ist eigens beim Landeskriminalamt eine Architektin namens Hermannsdörfer angestellt, deren Auftrag ist, durch gezielte Umbaumaßnahmen den Aufenthalt von nicht erwünschten Menschen wie Geflüchteten, Armutsmigrant*innen und Obdachlosen im öffentlichen Raum so unangenehm wie möglich zu machen.

Auch im Görlitz wird diese Strategie sichtbar. Durch Maßnahmen wie etwa die Schließung bestimmter Zugänge soll die Überwachung und Kontrolle durch Polizei und Ordnungsamt Park so effektiv wie möglich werden. Büsche und Bäume werden radikal zerstört, um der Polizei bessere Möglichkeiten zu eröffnen, Menschen zu kontrollieren und festzunehmen.

Die Polizei bezieht sich bei ihren Maßnahmen auf die sogenannte „Broken Windows Theorie“, nach der es angeblich sinnvoll sei, auch kleinere sogenannte „Regelverstöße“ und „Normverletzungen“ drastisch zu bestrafen. Bezogen auf den Görlitz heißt das, dass in Zukunft durch Polizei und Ordnungsamt unterbunden werden soll, daß hier gegrillt wird, daß Hunde ohne Leine durch den Park laufen, daß Musik gehört wird, daß Graffitis gesprüht oder Plakate ohne Erlaubnis geklebt werden.

Verantwortung für Fluchtursachen, Abschottung gegen Geflüchtete, Neonazis für die Drecksarbeit

Öffentlich wird lamentiert über die Gewalt von Neonazis gegen Migrant*innen und Geflüchtete. Doch das Ziel der herrschenden Politik ist von dem Ziel der Neonazis nicht so weit entfernt: Auch die herrschende Politik möchte Geflüchtete so weit wie möglich abschrecken, sich Deutschland oder Europa als Fluchtziel zu suchen. Und die Propaganda der Neonazis ist gewachsen auf der Propaganda der herrschenden Parteien, von der Linkspartei über die Grünen bis hin zu SPD und CDU, die noch nie gezögert haben, gegen Migrant*innen zu hetzen, wenn sie sich davon zusätzliche Stimmen versprechen oder von innenpolitischen Problemen wie zunehmender Armut und sozialer Ausgrenzung ablenken wollen.

Nicht erwähnt wird selbstverständlich von der herrschenden Politik die ursächliche Beteiligung von Deutschland und Europa an der Erzeugung immer neuer Fluchtursachen: Durch eine neokoloniale Politik, die versucht, den ungehinderten Zugriff auf rohstoffreiche Regionen aufrecht zu erhalten; durch eine Exportpolitik, die alles tut, um weltweit Absatzmärkte für in Europa produzierte Produkte auf Kosten der lokalen Ökonomie zu erschließen; durch eine Politik der bedingungslosen Unterstützung jeder noch so brutalen Diktatur, so lange diese willfährig die neokolonial-strategisch-ökonomischen Interessen der reichen Länder und der multinationalen Konzernen unterstützt.

